

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0229) 21 90 38/39
Telex: 886 846 ppbn d
Telefax: 21 0664



Inhalt

Gernot Eler MdB zu den Unterlagen über ein deutsches Raketenystem „KOLAS“: Kommt jetzt die deutsche Rakete mit dem Mercedes-Stern?
Seite 1

Florian Gerster MdB zur Personalplanung der Bundeswehr: W 18 paßt nicht in die Landschaft.
Seite 3

Prof. Dr. Uwe Holtz MdB zum zweiten Energiesektorkredit an das lateinamerikanische Land Brasilien: Die Umweltpolitik positiv beeinflussen.
Seite 4

Dr. Dietrich Sperling MdB zu einer Bilanz des Wohnungsbauministers mit Schönheitsfehlern: Oscar Schneiders Erfolgsmeldung.
Seite 6

44. Jahrgang / 27

8. Februar 1989

Kommt jetzt die deutsche Rakete mit dem Mercedes-Stern?

Zu den Unterlagen über ein deutsches Raketenystem „KOLAS“

Von Gernot Eler MdB

Mitglied im Verteidigungsausschuß und im Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle

Aus vertraulichen Unterlagen der Firma MBB aus dem Jahre 1988 geht hervor, daß sich deutsche und amerikanische Rüstungsfirmen schon seit einiger Zeit auf einen Großauftrag vorbereiten, dessen Entwicklungs- und Produktionsvolumen sie auf drei Milliarden DM schätzen: Es geht um ein deutsches ballistisches Boden/Boden-Flugkörpersystem von annähernd 500 Kilometer Reichweite, das sogar schon einen Namen hat, nämlich „KOLAS“ - für „komplementäres Luftangriffssystem“. Auch in Amerika sind diese Pläne bekannt, und in Zeitschriftenartikeln wird darüber berichtet, welche große Hoffnungen der einstige Pershing-Hersteller Martin Marietta aus Orlando darauf setzt, nach dem Stopp der Pershings durch den INF-Vertrag vom Dezember 1987 nun fortschrittliche Pershing-Technologie (zum Beispiel elektronische Zielsuchsysteme) in diese deutsche Rakete mit dem Mercedes-Stern einbauen zu können.

Was man bei MBB und Martin Marietta längst weiß, muß noch lange nicht zum Kenntnisstand des deutschen Parlaments gehören. Unter dem Namen TECHNEX tauchten zwar gelegentlich Hinweise auf solche Raketenpläne auf, geschickte Verschleierungstaktiken verhinderten aber bisher jede parlamentarische Befassung mit dem Projekt.

Fragen der SPD-Fraktion nach Sinn und Zweck des TECHNEX-Programms, das erstmals 1985 als blinder Passagier in Verträgen über das Waffensystem Roland/Patriot auftauchte, stießen regelmäßig ins Leere. Immerhin wurden bis 1988 circa 95 Millionen DM für technologische Studien ausgegeben, die sich auf einen „Dispenser-Sprengkopf“, auf „Submunition“ und ihre „Abgangballistik“, ja auch auf einen „Launcher“ bezogen, bloß an der eigentlichen Rakete wurde offiziell nicht gearbeitet. Auf eine Frage des Abgeordneten Klejdzinski antwortete die Bundesregierung am 5. Dezember 1986:

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany
mit allen Rohstoffen
Recycling-Papier



„Die Bundesregierung hat keine konzeptionellen Arbeiten an ballistischen Mittelstreckenraketen in Auftrag gegeben. Sie läßt allerdings in grundlegenden Technologiestudien die Frage prüfen, inwieweit konventionelle Gefechtsköpfe für ballistische Raketen - unabhängig von deren Reichweite - technisch möglich und militärisch effekt sein können. Derartige Untersuchungen sind notwendig, um auf technologisch gesicherter Basis Entscheidungen für künftige Planungen treffen zu können.“

Schon damals konnte mit solchen Auskünften der Verdacht nicht ausgeräumt werden, daß sich hinter TECHNEX Pläne für ein Nachfolgesystem der Pershing 1 a verbargen, für das Arbeitstitel wie „FKS“ oder „FK 90“ gewählt wurden und das die Aufgabe erfüllen sollte, im Konflikt mit einer Reichweite von 700 bis 800 Kilometer die Flugplätze des Warschauer Pakts in der DDR, der CSSR und in Polen anzugreifen, um dort für zwölf Stunden das Flugaufkommen um 50 Prozent zu verringern, und dies entweder mit konventionellen oder nuklearen Sprengköpfen.

Aus den MBB-Unterlagen und den amerikanischen Quellen geht hervor, daß trotz aller Dementis zu Beginn des Jahres 1989, also jetzt, der Einstieg in die Entwicklung einer deutschen Boden-Boden-Rakete mit einer Reichweite knapp unter dem INF-Limit entscheidungsreif ist. Möglicherweise hat dazu ein Studienauftrag der Hardthöhe in 1988 in Höhe von circa zehn Millionen DM beigetragen, der nicht unter TECHNEX firmierte und den die MBB-Papiere erwähnen. In jedem Fall ist dieser Zustand ohne irgendeine ordentliche Beratung des Parlaments oder seiner Ausschüsse herbeiexperimentiert worden: denn angeblich zerfiel TECHNEX in verschiedene kleinere Unteraufträge, deren Volumina nicht die 30 Millionen DM überschritten und somit nicht dem Bewilligungsrecht des Haushaltsausschusses unterlagen.

Was würde eine Entscheidung für „KOLAS“ bedeuten? Es hieße, daß die Bundesrepublik einseitig den Zustand wiederherstellt, den Reagan und Gorbatschow durch den INF-Vertrag wegverhandelt haben, nämlich daß von deutschem Boden aus Einrichtungen der Sowjets und ihrer Verbündeten in Osteuropa durch Raketen zerstört werden können. Das wäre wahrhaftig ein bemerkenswertes Solo inmitten des Konzerts unilateraler Abrüstungsmaßnahmen, die unsere östlichen Nachbarn gerade reihenweise ankündigen und zu denen auch ein Teilabzug der nach dem INF-Vertrag noch verbleibenden sowjetischen Kurzstreckenraketen gehört. Auf jeden Fall muß die Bundesregierung jetzt gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit ihre Karten auf den Tisch legen.

(-/8.2.1989/vo-he/rs)

W 18 paßt nicht in die Landschaft

Zur Personalplanung der Bundeswehr

Von Florian Gerster MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Der Führungsstab des bundesdeutschen Heeres hat inoffiziell, aber vernehmlich Korrekturbedarf an der Personalplanung der Bundeswehr angemeldet. Es spricht für Realitätsinn und Problembewußtsein der Militärs der größten Teilstreitkraft, daß sie politische Vorgaben nicht einfach hinnehmen, die die Akzeptanz des Wehrdienstes weiter herabsetzen. Mut an falschen Fronten und zum falschen Zeitpunkt - besser: Starrsinn - kennzeichnet die für die Bundeswehr Verantwortlichen in CDU/CSU/FDP, die das angebliche „operative Minimum“ von 456.000 präsenten Bundeswehrsoldaten nicht aus der Welt schaffen und die Verlängerung des Grundwehrdienstes auf 18 Monate durchziehen trotz einer Personalreserve an Wehrpflichtigen von fast 500.000 jungen Männern.

Zur Gewährleistung des „operativen Minimums“ in den 90er Jahren ist aus Sicht der Bundeswehr-Spitze eine Erhöhung des „Kernbestandes“ von Längerdienern auf rund 100.000 zwingend erforderlich. Angesichts des drastischen Rückgangs an Weiterverpflichtungen ist allein diese Voraussetzung nicht annähernd zu schaffen.

Zur Einberufung in diesem Jahr stehen 390.000 als tauglich gemusterte Wehrpflichtige zwischen 19 und 28 Jahren ohne Einschränkung „zur Verfügung“. Wegen des weitaus geringeren Bedarfs der Truppe werden rund 150.000 junge Männer aus diesem Potential nicht gezogen werden. Dazu kommt eine „Halde“ von rund 300.000 Wehrpflichtigen, die auf Antrag zurückgestellt wurden und demnächst einberufen werden müssen.

Die Zahl der Wehrpflichtigen in diesem Jahr ist gegenüber der Planung vor vier Jahren - als die Verlängerung auf 18 Monate von der Koalitionsmehrheit gesetzlich verabschiedet wurde - um 80.000 höher als angenommen: 20.000 zusätzliche Wehrpflichtige sind Aussiedler aus Osteuropa, ein Zuwachs von 60.000 ergibt sich aus der Anwendung schärferer Kriterien bei der Tauglichkeitsmusterung.

Eine Verlängerung des Grundwehrdienstes, die nicht einmal mit dem aktuellen Bedarf der Truppe im Rahmen der gültigen Personalplanung begründet werden kann, wird mit Sicherheit einen weiteren Verlust an Akzeptanz für den Wehrdienst zur Folge haben. Somit ist trotz der drastisch verlängerten Dauer des Zivildienstes ein weiterer Anstieg der Wehrdienstverweigerung wahrscheinlich. Die der langfristigen Personalplanung zugrunde liegende Marge von zehn Prozent eines Jahrganges haben wir bereits deutlich überschritten.

Die Personalplanung für die Bundeswehr der 90er Jahre steht auf tönernen Füßen und wird von der Wirklichkeit überholt werden: Bevölkerungsentwicklung und sinkende Wehrbereitschaft werden Korrekturen erzwingen. Statt halbherziger Reformansätze wie Heeresstruktur 2000 und Konzeption Reservisten wäre der „große Wurf“ einer neuen Wehrstruktur für die 90er Jahre notwendig: verträglich mit Bündnis und gesellschaftlicher Entwicklung, abrüstungsfreundlich und abwehrstark. Je später der Kurs korrigiert wird - spätestens durch den nächsten sozialdemokratischen Verteidigungsminister -, desto aufwendiger wird der Anpassungsprozeß sein. Die Regierungskoalition sollte die von uns vorgeschlagene Wehrstrukturkommission als Chance begreifen. (-/8.2.1989/vo-he/rs)

* * *

Die Umweltpolitik Brasiliens positiv beeinflussen

Zum zweiten Energiesektorkredit an das lateinamerikanische Land

Von Prof. Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Ein geplanter Kredit der Weltbank in Höhe von 500 Millionen US-Dollar an Brasilien zur Sanierung seines maroden Energiesektors sorgt für Schlagzeilen. Insbesondere Umweltschützer aus verschiedenen Ländern laufen Sturm gegen dieses Geschäft. Bereits 1986 hatte Brasilien einen ersten Energiesektorkredit der Weltbank in Höhe von 500 Millionen US-Dollar erhalten, an den weitreichenden Umwelt-Auflagen gebunden waren. Die heutige Kritik an dem nun geplanten zweiten Kredit führt folgende Punkte an:

- Mangelnde Erfüllung und Beachtung der Umweltauflagen im Zusammenhang mit dem ersten Sektorkredit;
- katastrophale ökologische Auswirkungen der vorhandenen als auch projektierten Staudammprojekte im Amazonas-Gebiet sowohl in globaler wie regionaler Hinsicht;
- Vertreibung und Zerstörung der indianischen Gesellschaften im Amazonas-Gebiet;
- mangelnde ökonomische Rentabilität und Effektivität des brasilianischen Energiesektors.

Deshalb darf diesem Kredit in der bislang bekannten Form nicht zugestimmt werden.

Die gigantischen Pläne im Energiebereich des riesigen Landes sind im Dezember 1987 im „Nationalen Plan für die Elektroenergie 1987 - 2010“ (sogenannter „Plano 2010“) niedergelegt. Die Planer dieses Entwurfs gehen von einer Verdoppelung des brasilianischen Stromverbrauchs bis zum Jahre 2000 und einer mehr als Verdreifachung bis zum Jahre 2010 aus. Um diese Ziele zu erreichen, setzen sie weitgehend auf die Wasserkraft, die sie als mit Abstand wichtigste brasilianische Energiequelle identifizieren. So soll die Kapazität des Jahres 1986 von 38.500 MW auf 93.00 MW im Jahre 2000 und 142.000 MW im Jahre 2010 ausgebaut werden.

Die großen Wasserkraftreserven Brasiliens werden gegenwärtig erst zu circa 20 Prozent genutzt. Mehr als problematisch ist allerdings, daß sich etwa die Hälfte des ungenutzten Potentials in den tropischen Regenwaldgebieten Amazoniens befindet.

Nach Meinung der brasilianischen Planer gibt es auf absehbare Zeit zur Wasserkraft keine Alternative. Den bekannten anderen Energiequellen von Atomkraft bis Solarenergie werden kurz- bis mittelfristig keine Bedeutung eingeräumt. Einzig die Energieeinsparung wird ernster genommen; ihr Beitrag soll aber in dem „Plano 2010“ bereits berücksichtigt worden sein.

Von Kritikern wird aber auf die durchaus beträchtlichen Vorkommen an Erdöl, Erdgas und (allerdings qualitativ schlechter) Kohle im Lande hingewiesen. Auch das Potential an regenerativer Energie wie Solarenergie, Biomasse und so weiter wird relativ hoch eingeschätzt. Es wird daher auch der Vorwurf erhoben, daß das extensive Staudammprogramm Brasiliens weniger auf den Mangel an realisierbaren Alternativen als vielmehr auf den Einfluß mächtiger Interessengruppen der Bauwirtschaft zurückzuführen ist.

Das brasilianische Wirtschaftsmodell mit seiner forcierten Industrialisierung und seiner Exportorientierung ist auf einen wachsenden Energiebedarf angewiesen, wenn es seine hochgesteckten Ziele erreichen will. Sofern man die Prämissen dieses Modells akzeptiert, kann der Energiebedarf kaum bestritten werden. Energieengpässe im Lande sind jedoch oft weniger das Problem knapper Ressourcen als vielmehr Ergebnisse einer verfehlten Preis- und Investitionspolitik. So leider der brasilianische Energiesektor an notorischer Finanzschwäche, nicht zuletzt bedingt durch die staatlich festgelegten

Strompreise, die keine hinreichende Verzinsung des eingesetzten Kapitals, geschweige denn die Bildung von Rücklagen ermöglichen. So wird die exportorientierte und äußerst umweltschädliche Aluminiumindustrie enorm subventioniert. Jede exportierte Tonne Aluminium wird vom brasilianischen Steuerzahler mit 300 bis 400 US-Dollar bezuschußt.

Das Thema „Strompreisreform“ ist in der Vergangenheit von der Weltbank nur zögerlich aufgegriffen worden, obwohl mit dem ersten Energiesektorkredit die Auflage einer Preisreform verbunden war. Das internationale Finanzinstitut hat sich durch diese Haltung den Vorwurf eingehandelt, daß es ihr eher um Exporte und um die Vorteile der multinationalen Unternehmen gehe als um das Schicksal der brasilianischen Armen.

Man fragt sich, was die „Aufregung“ um einen 500 Millionen-Dollar-Kredit an ein Land soll, das mit rund 115 Milliarden US-Dollar im Ausland verschuldet ist. Exakt 500 Millionen Dollar betrug denn auch die Rate auf die Auslandsschuld, die das Land dieser Tage mit einwöchiger Verspätung zahlte. Aber am Weltbank-Kredit hängt mehr: Diese Auszahlung soll den Weg zu weiteren kommerziellen Krediten ebnen, er soll sozusagen ein Solidaritätszertifikat für das hochverschuldete lateinamerikanische Land darstellen. Insofern stehen die Weltbank und ihre wichtigsten Mitgliedsländer, auch die Bundesrepublik Deutschland, unter dem starken Druck Brasiliens und vieler an dem Kredit interessierten Banken- und Industriekreisen.

Für Umwelt- und Entwicklungspolitiker ist eine Unterstützung des „Plano 2010“ völlig indiskutabel. Diskutabel ist aber die Unterstützung eines Alternativprogramms, das den Schwerpunkt auf Energieeinsparung und effektivere Energienutzung legt. Eine von der Energie-Abteilung der Weltbank publizierte Studie, führt für Brasilien folgende Berechnung durch:

Ein Investitionsprogramm über 15 Jahre in Höhe von zehn Milliarden US-Dollar in energieeffizientere Technologien würde Investitionen in Höhe von 44 Milliarden US-Dollar für 22.000 MW Wasserkraft überflüssig machen. Nun sollen aber vom ersten Energiesektorkredit gerade eine Million Dollar (von insgesamt 500 Millionen Dollar) für effizientere Energienutzung eingesetzt worden sein.

Es liegt auch an der Bundesregierung, den zweiten Energiesektorkredit für ein sozial und ökologisch verträgliches Programm zu nutzen. Dr. Köhler, der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, erklärte für die Bundesregierung, „daß wir diesen Kredit nur für verantwortbar halten, wenn er mit speziellen Umweltforderungen verbunden wird und mit zusätzlichen Programmen zur Erhaltung des Amazonas-Unwaldes in Brasilien“. Er erklärte auch gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit im Wort zu sein, „daß wir alles tun werden, um die Umweltfragen in Brasilien positiv zu beeinflussen“.

An diesen Aussagen wird die Bundesregierung bei ihrer endgültigen Entscheidung zum zweiten Energiesektorkredit an Brasilien zu messen sein. (~/8.2.1989/vo-he/rs)

* * *

Oscar Schneiders Erfolgsmeldung

Zu einer Bilanz des Wohnungsbauministers mit Schönheitsfehlern

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Bauminister Schneider ist in der letzten Zeit nicht gerade von Erfolg verwöhnt worden: Die Mieten steigen wieder stark, in vielen Städten macht sich neue Wohnungsnot breit. Der Bund aber fährt seit einigen Jahren unter dem Druck des Finanzministers seine Ansätze für die Wohnungsbauförderung zurück, die Zukunft der Städtebauförderung steht in den Sternen.

Nun hat der Minister eine neue Form der Erfolgsmeldung entdeckt: Für 1988 wie für 1989 meldete er jeweils einen Ressorthaushalt in Rekordhöhe, der den Stellenwert der Wohnungspolitik zeige. Leider hat diese Erfolgsbilanz ein paar Schönheitsfehler:

- Alle Bauminister der Republik haben in drei von vier Jahren diese Rekorderklärung abgeben können, weil mit den Preisen auch ihre Ausgaben gestiegen sind.
- Schneiders Haushalt wächst durch Faktoren, die seinen schönen Worten nicht entsprechen: Die Wohngeldausgaben steigen automatisch, wenn die Mieten stärker steigen als die Einkommen. Die zur Förderung und damit als Ausgaben zweckgebundenen Einnahmen des Bauhaushaltes aus rückfließenden Fördermitteln liegen seit Anfang der 80er Jahre um einige Hundert Millionen DM pro Jahr höher als vorher.

Bleibt das Fazit:

Schneider hat recht, wenn er sagt, sein Haushalt spiegele die Bedeutung der Wohnungspolitik der Bundesregierung wider: Die Steigerungsraten sind unecht und liegen trotzdem unter der des restlichen Bundeshaushaltes.

(-/8.2.1989/vo-he/rs)

* * *